

auf der einen Seite das Arbeitstempo zu steigern, den Betrieb zu rationalisieren und auf der anderen Seite die frei gewordenen Arbeiter wie altes Eisen auf die Straße zu werfen! Was ist denn das für eine Freiheit, wenn die Konzernherren das Recht haben, zur Zeit in Tausenden westdeutscher Betriebe die Kurzarbeit einzuführen und den Arbeitern einen Teil ihres Lohnes zu rauben? Mit Recht können die Gewerkschafter Westdeutschlands fordern, daß die Arbeiter wieder eingestellt werden und bei Kurzarbeit der Durchschnittslohn weitergezahlt werden muß.

Wir sind einverstanden, wenn der Bundesvorstand des DGB die Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung verkündet; denn bekanntlich ist die gewerkschaftliche Betätigung in den Betrieben Westdeutschlands aufs äußerste beschränkt und bedroht. Auch hier ist die Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung in der Deutschen Demokratischen Republik ein Vorbild. Die westdeutschen Gewerkschafter wären froh, wenn in Westdeutschland eine solche Freiheit und Demokratie bestünde, in der die volle gewerkschaftliche Betätigung in jedem Betrieb gewährleistet ist, in der es kein Betriebsverfassungsgesetz, sondern eine Verordnung zur Erweiterung der Rechte der Gewerkschaften gibt, in der die Betriebsleiter und Staatsangestellten verpflichtet sind, vor den Arbeitern und ihren Gewerkschaften über alle das Arbeiterleben betreffenden Fragen Rechenschaft abzulegen.

Die westdeutschen Gewerkschafter wären sehr froh, wenn der DGB ebenso wie der FDGB Hunderte von Ferienheimen besitzen würde und die Arbeiter und Angestellten für 30 Mark einen vierzehntägigen Erholungsurlaub verbringen könnten. Die westdeutschen Gewerkschafter wären glücklich darüber, wenn sie wie in der Deutschen Demokratischen Republik bei Krankheit vom ersten Tage an für 6 Wochen einen Lohnausgleich von 90 Prozent erhalten würden. Die Gewerkschaften sollten dafür kämpfen, daß auch die Konzernbetriebe sofort dasselbe zahlen.

Die Gewerkschafter Westdeutschlands müssen verhindern, daß sich einige Gewerkschaftsführer darauf beschränken, von Zeit zu Zeit oppositionelle Überschriften in den Gewerkschaftszeitungen über hohe Preise und niedrige Löhne zu formulieren, um den Anschein zu erwecken, als seien die Konzernherren mit Hilfe der „Wirtschaftsdemokratie“ freiwillig zur Gewährung höherer Löhne bereit.

Die Arbeiter müssen unentwegt den Kampf um ihre Forderungen